

# Echogruppen diskutieren Zwischenergebnisse

Am Dienstagabend haben die ersten vier von acht «Rheintal+»-Arbeitsgruppen mit den Echogruppen relevante Aspekte und Folgen eines allfälligen Zusammenschlusses diskutiert. Es kam zu guten Diskussionen.

**KAISERSTUHL (tf)** – Mit der Initiative «Rheintal+» wollen elf Dörfer im Gebiet des Rheintal-Studenlands ihre Zukunft bewusst gemeinsam angehen. Wo es vielversprechend ist, sollen Synergien genutzt werden. Man will über die Gemeindegrenzen hinaus denken und die Talschaft gemeinschaftlich gestalten. Letztlich geht es auch darum, eine Region als attraktive Wohn-, Freizeit- und Tourismusregion zu positionieren. Erarbeiten will man eine Vision für die Talschaft und ein Tourismuskonzept, das die ganze Region

miteinbezieht. Daneben prüfen zehn der elf Gemeinden im «Rheintal+»-Gebiet, ob ein Zusammenschluss unter den Gemeinden Vorteile bringen könnte. Denn es ist klar: Der Druck auf ländliche Gemeinden nimmt zu. Immer mehr Aufgaben müssen bewältigt werden und die Gesellschaft und die Wirtschaft stehen in permanentem Wandel und verlangen nach neuen Lösungen. Gleichzeitig werden die Sparmassnahmen des Kantons drastischer. Kommt hinzu, dass es nicht einfacher geworden ist, Leute zu finden, die sich in Ämtern und Behörden engagieren.

Nachdem die Gemeinden entsprechende Kredite für die vertiefte Prüfung eines Zusammenschlusses gesprochen hatten, nahmen rund 100 Personen die Arbeit auf. Unter Führung einer Projektleitung, in der die Gemeindeammänner von zehn Gemeinden und ein externer Projektbegleiter vertreten sind, nahmen insgesamt acht Facharbeitsgruppen mit Vertretern aus den Gemeinden ihre Arbeit auf. Seit der Kick-off-Sitzung vor ungefähr einem Jahr beleuchten die Fach-

arbeitsgruppen Chancen und Risiken einer Fusion, setzen sich mit Folgen und Auswirkungen eines Zusammenschlusses auseinander und untersuchen, wo heutige Strukturen erhalten beziehungsweise angepasst werden müssten. Für ihre Arbeit treffen sich die Facharbeitsgruppen regelmässig in Workshops und tauschen sich dort auch im Plenum aus.

Um den «Draht» zur Bevölkerung nicht zu verlieren, wurden weiter sogenannte Echogruppen ins Leben gerufen. Zu jeder Facharbeitsgruppe gehört eine Echogruppe mit maximal vier Einwohnerinnen und Einwohnern pro Gemeinde. Die Aufgaben der Echogruppe: Sie ergänzen die Informationen der Facharbeitsgruppen mit eigenen Inputs, tragen die Diskussion in die Bevölkerung hinaus und leiten das Feedback aus den Gemeinden zurück an die Facharbeitsgruppe. Ein erstes Mal haben sich die Echogruppen mit den Facharbeitsgruppen im Januar 2018 getroffen und erste Ergebnisse diskutiert. Zum zweiten Mal treffen sie sich nun in der laufenden Woche. Am Dienstag-

abend haben die ersten vier Facharbeits- und Echogruppen die Köpfe zusammengesteckt: Es ging um die Ausgestaltung der Behörden und der Verwaltung im Falle einer Fusion, um die Kompatibilität der verschiedenen BNO und absehbare Entwicklungschancen, ausserdem um die künftige Schullandschaft im «Rheintal+»-Gebiet und um die finanziellen Auswirkungen eines Zusammenschlusses.

## Schulstandorte erhalten

Im Gegensatz zum ersten Austausch im Januar, als viele Unterlagen und Dokumente noch in Erarbeitung waren, konnten die Facharbeitsgruppen den Echogruppen diesmal bereits ziemlich konkrete Ergebnisse und Erkenntnisse präsentieren. Dass die Facharbeitsgruppenmitglieder selbst Teil eines Prozesses sind und in den letzten Monaten in den Diskussionen von A über B nach C und wieder zurück nach A gelangen, ist für den unbeteiligten Betrachter deutlich zu erkennen – und zeigt nicht zuletzt, dass die Beteiligten ergebnisoffen in den Dialog treten.

Besonders augenscheinlich nachvollziehbar ist das an der Frage, ob es in einer zusammengeschlossenen Gemeinde künftig einen Einwohnerrat oder eine Gemeindeversammlung geben soll. Die Gruppen diskutieren Pro und Kontra sehr gründlich (siehe Kasten). Sehr viel Zeit in Anspruch genommen hat auch die Erarbeitung des Finanzberichts, der zum einen die heutige finanzielle Ausgangslage in den Gemeinden, zum anderen die finanziellen Perspektiven bei einem Zusammenschluss nachzeichnet (siehe Kasten 2).

Zu Diskussionen hat am Dienstagabend auch die Frage geführt, welche Schulstandorte im «Rheintal+»-Gebiet

künftig wie geführt werden sollen. Im Kern stehen fünf denkbare Schulstandortmodelle zur Debatte. Noch ist das Thema in der Facharbeitsgruppe nicht zu Ende diskutiert, nach dem Austausch mit der Echogruppe zeichnet sich aber ab, dass vermutlich die heutigen Schulstandorte in Rekingen, Bad Zurzach und Rietheim erhalten werden sollen. Und dass die Fisibacher und Kaiserstuhler ihre Schüler auch weiterhin im Kanton Zürich zur Schule schicken dürfen, wenn sie denn wollen. Daneben wird diskutiert, ob es nur noch eine Schulpflege für alle Stufen geben soll (und gesetzlich darf). Hier hat die Diskussion mit der Echogruppe gezeigt, dass es noch etwas der Arbeit und Abklärungen bedarf.

## Entwicklung ist mehr als nur ein guter Steuerfuss

Die Ausführungen der Facharbeitsgruppe «Entwicklung, Bau- und Nutzungsordnung, Verkehr» kamen währenddessen als Appell daher. Es wurde daran erinnert, dass zwar Steuerfüsse und Wasserzinsen ein grosses Thema seien in der Bevölkerung, dass aber gerade zeitgemässe Bau- und Nutzungsordnungen und gezielte Bestrebungen zur Entwicklung der Gemeinden letztlich mindestens so wichtig seien – wenn nicht sogar viel wichtiger. Es wurde klar, dass das Gebiet der «Rheintal+»-Gemeinden, was die Prognosen zum Bevölkerungswachstum, zur Überalterung und zur Schülerentwicklung angeht, vor grossen Herausforderungen steht. «Wir sind gefordert, wenn solche Prognosen nicht Wahrheit werden sollen», sagte Reto S. Fuchs. Es ist vorstellbar, dass eine fusionierte Gemeinde eine grössere Chance hätte, auf solche Tendenzen gezielt zu reagieren.



## Bekanntnis zur Gemeindeversammlung

Die Facharbeitsgruppe «Behörden und Verwaltung» hat mit der Echogruppe erneut die Pro und Kontra-Argumente von Gemeindeversammlung und Einwohnerrat diskutiert. Für die Facharbeitsgruppe überwiegen die Vorteile des Systems Gemeindeversammlung – Letztere würde mit einem Einwohnerrat wegfallen – eindeutig. Sie spricht sich daher gegen die Einführung eines Einwohnerrats aus. In einer Konsultativabstimmung am Dienstagabend hat sich gezeigt, dass auch drei Viertel der Echogruppen-Mitglieder an der Gemeindeversammlung festhalten wollen, die Einführung eines Parlaments für eine allfällig zusammengeschlossene Gemeinde daher keine Option sein dürfte.

### Dörferrat nicht praxistauglich

Euphorisch war in der Anfangsphase der «Rheintal+»-Gespräche die Idee eines Dörferrats portiert worden, der als zweite Stimme neben dem Gemeinderat hätte wirken können in der neuen Gemeinde. Allerdings hatte die Echogruppe im Januar 2018 auf die Idee eines Dörferrats relativ skeptisch reagiert. Die Facharbeitsgruppe hat sich in der Folge nochmals intensiv mit dem Dörferrat auseinandergesetzt und festgestellt, dass die ursprünglich erhofften Auswirkungen eines Dörferrats aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nicht sinnvoll umsetzbar wären. Ausserdem wäre die Wahl eines Dörferrats durch die Einwohner der Ortsteile nicht möglich gewesen. Neu spricht sich die Facharbeitsgruppe gegen die Einführung eines Dörferrats aus.

### Sieben Gemeinderäte

Zu diskutieren gab die Anzahl Behördenmitglieder im Gemeinderat einer Grossgemeinde. Nur fünf Gemeinderäte waren für die Facharbeitsgruppe keine Option. Zur Wahl standen ein Gemeinderat mit sieben Mitgliedern und einer unterstützenden Begleitkommission, ein Gemeinderat mit neun Mitgliedern und einer unterstützenden Begleitkommission oder ein Gemeinderat

mit 14 Mitgliedern ohne Begleitkommission. Alle drei Varianten wären für eine erste Amtsperiode grundsätzlich denkbar, eine knappe Mehrheit der Facharbeitsgruppe spricht sich für einen Gemeinderat mit sieben Gemeinderäten aus. Das sei ein schlankes Gremium, habe eine optimale Grösse für die Ressortverteilung und vereinfache die Rekrutierung. Ziemlich sicher wäre die Arbeitslast für die Gemeinderäte aber hoch.

Gewählt würde der Gemeinderat in zwei Wahlkreisen, einer davon umfasst Bad Zurzach und einer das Gemeindegebiet der anderen neun Gemeinden. Obschon die neun Gemeinden auf knapp weniger Einwohner kämen, könnten sie vier Sitze des Gemeinderats besetzen, im Wahlkreis Bad Zurzach würden drei Sitze gewählt. Dem Gemeinderat stünde eine zehnköpfige Begleitkommission zur Seite, in der jede Gemeinde vertreten wäre, die durch den Gemeinderat gewählt würde und ihn in seiner Arbeit punktuell unterstützen könnte. Mindestens zweimal jährlich käme es zu einer Gesamtsitzung mit dem Gemeinderat.

### Ein Verwaltungsstandort

Ganz klar spricht sich die Facharbeitsgruppe für eine Lösung mit nur noch einem zentralen Verwaltungsstandort in Bad Zurzach aus. Das Rathaus sei bereits rollstuhlgängig und dort könnte eine solche Verwaltung ohne grössere Um- und Neubauten umgesetzt werden. Komme hinzu, dass dort heute schon viele regionale Stellen untergebracht sind und ein Gang auf ein Amt ganz allgemein immer weniger oft notwendig werde.

Eine Zusammenlegung der Verwaltungen in Bad Zurzach hätte zur Folge, dass bis zu zehn Vollzeitstellen eingespart werden könnten. Das Geschäftsleitungsmodell würde, wie es schon heute vielerorts praktiziert wird, am neuen Standort umgesetzt. Das heisst, die operative und die strategische Ebene der Gemeindeführung würden getrennt.

## Machbar, aber anspruchsvoll

Der aktualisierte Finanzbericht der Facharbeitsgruppe «Finanzen, Liegenschaften, Landwirtschaft» liegt vor. Erarbeitet hat ihn Christoph Brunner von der OB AG, in enger Zusammenarbeit mit den Finanzverwaltungen der «Rheintal+»-Gemeinden. Der Bericht macht einerseits Aussagen zur finanziellen Ausgangslage in den «Rheintal+»-Gemeinden und äussert sich andererseits zu den finanziellen Perspektiven (und Herausforderungen) nach einem allfälligen Zusammenschluss der zehn Gemeinden. Den Facharbeitsgruppen war die neuste Fassung des Berichts bereits am 29. Mai, im Rahmen des 6. Workshops, vorgestellt worden. Am Dienstagabend wurden die Ergebnisse nun oder tatsächlich alle Fragen der Echogruppe vorgestellt.

Nachdem die erste, im November 2017 und im Januar 2018 präsentierte Fassung des Finanzberichts die Gruppenmitglieder noch enttäuscht hatte – vor allem weil er unvollständig war und nicht in allen Fällen von den aktuellsten Zahlen ausging – stiess der Bericht diesmal auf weniger Kritik. Nur vereinzelt kam es im Laufe der fast 75-minütigen Sitzung zu Nachfragen. Ob das dem mehrschichtigen Aufbau und dem komplexen Inhalt des Berichts geschuldet war oder ob tatsächlich alle Fragen beantwortet waren, blieb offen.

Die Grundaussage des Berichts ist im Kern klar: Eine Fusion wäre aus finanzieller Sicht machbar, aber sicher sehr anspruchsvoll. Kommt hinzu, dass etliche Unbekannte bestehen bleiben, die eine endgültige Einschätzung erschweren.

### Steuerfussfragen

Zur Struktur der heutigen Gemeinden hält der Bericht eindeutig fest, dass Bad Zurzach eine Schlüsselrolle spielt. Sie ist die steuerkräftigste Gemeinde im Verbund und trägt auch zum Steuerertrag am meisten bei. Das heisst, der Steuerfuss einer neuen Gemeinde würde sich am Steuerfuss des Ortsteils Bad Zurzach orientieren müssen. Heute liegt dieser bei 115 Prozent. Vereinzelt haben die «Rheintal+»-Gemein-

den heute einen tieferen Steuerfuss als Bad Zurzach, dafür sind sie, mit wenigen Ausnahmen, sehr stark vom Finanz- und Lastenausgleich abhängig. In den meisten Gemeinden macht er einen beachtlichen Teil des Gemeindeertrags aus. Das ist in Zurzi nicht der Fall.

Wollen die kleineren Gemeinden aber auch in Zukunft (ohne Zusammenschluss) einen Beitrag aus dem Finanz- und Lastenausgleich erhalten, wird für sie eine Steuerfusserhöhung auf den maximalen Steuerfussatz von 125 in den meisten Fällen unvermeidlich sein. Wer aber den Steuerfuss bei 125 Prozent hat, kann aus Gemeindegeldern letztlich mehr Steuern eintreiben wie, als der Steuerfuss bei 115 Prozent liegt. Im Umkehrschluss heisst das: Wenn eine zusammengeschlossene Gemeinde künftig nur noch einen Steuerfuss von 115 Prozent ausweist, ist das für die Steuerzahler zwar eine erfreuliche Steuerfussenkung, aus Sicht der Gemeinden heisst das aber auch, dass sie im Vergleich zur Situation mit einem Steuerfussatz von 125 Prozent weniger Steuern eintreiben kann. Diese Mindereinnahmen von rund 700 000 Franken jährlich müsste die Grossgemeinde durch Einsparungen andernorts wieder kompensieren.

### Einnahmen, die wegfallen

Aber nicht nur das: Eine neue Grossgemeinde hätte noch weitere Mindereinnahmen abzufedern. Denn aktuell wird, aufgrund der Neuordnung des Finanz- und Lastenausgleichs, in den meisten «Rheintal+»-Gemeinden zusätzlich ein Übergangsbeitrag ausgerichtet. Diesen erhalten die Gemeinden ab 2021/22 nicht mehr. Dies wird zwar auch ohne Fusion der Fall sein, für die Grossgemeinde sind das in der Summe aber immerhin 1,88 Millionen Franken, die jährlich an Einnahmen wegfallen.

Mehr noch: Zwar zahlt der Kanton auch nach einer Fusion noch acht volle Jahre den heutigen Finanz- und Lastenausgleichsbeitrag an die einzelnen Ortsteile aus, im neunten Jahr aber erhielte die Grossgemeinde dann plötzlich markant weniger Finanz- und Lastenaus-

gleich – wenn überhaupt noch. Das wären dann weitere 2,8 Millionen Franken jährlich, auf die die Grossgemeinde mit einem Schlag verzichten müsste.

Zwar erhält eine frisch fusionierte Gemeinde vom Kanton 13,2 Millionen Franken als Einmalbetrag, die anderen Mindereinnahmen fehlen aber Jahr für Jahr in der Kasse. Immerhin: Den genannten Mindereinnahmen stehen gesicherte (und in Berechnungen erhärtete) Kosteneinsparungen von rund zwei Millionen Franken jährlich entgegen, die eine fusionierte Grossgemeinde dank Umstrukturierungen weniger zu tragen hätte.

### Faktor Bad Zurzach entscheidend

Unter dem Strich, das wurde am Dienstag deutlich, wird eine fusionierte Grossgemeinde vor allem mittelfristig mit grossen finanziellen Herausforderungen konfrontiert sein. Es stellt sich somit die Frage, ob die neue Gemeinde die ersten acht bis zehn Jahre nach der Fusion nutzen kann, um die wegfallenden Beiträge durch andere Entwicklungsmassnahmen – beispielsweise durch Zugzüge oder durch Erhöhung der Steuerkraft – zu kompensieren.

Letztlich, so scheint es, werden sich insbesondere die Zurzacher damit auseinandersetzen haben, ob sie bereit sind in eine Fusion zu gehen, in der sie nach der Fusion einen gleich hohen Steuerfuss haben wie heute, gleichzeitig aber mit markant höheren Risiken konfrontiert sind. Als Fragezeichen im Raum stehen zudem die nicht kleinen Investitionen, die in den einzelnen Gemeinden anstehen. Zum Teil sind diese, gemessen am Volumen der Gemeinderechnung, beachtlich.

Grund für Optimismus gibt es dennoch: Christoph Brunner erklärte ohne zu zögern, dass aus seiner Sicht, bei allen Risiken, eine fusionierte Gemeinde als relativ starke und relativ gesunde Gemeinde dastünde. Mut machte schliesslich auch eine Bemerkung aus der Facharbeitsgruppe: Am Ende dürften nicht allein die Finanzen den Ausschlag geben für oder gegen eine Fusion.